

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zum Zustand der CDU nach ihrem Parteitag: Reduziert auf das Helmut Kohl-System.

Seite 1

Walter Edenhofer zur Rolle sozialdemokratischer Betriebsarbeit im sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel: Die soziale Integrationskraft stärken.

Seite 4

Wilhelm Schmidt MdB zur Notwendigkeit, kulturelle Aktivitäten und Spielmöglichkeiten auszubauen: Kinder vor übermäßigem TV-Konsum schützen.

Seite 6

44. Jahrgang / 177

14. September 1989

Reduziert auf das Helmut Kohl-System

Zum Zustand der CDU nach ihrem Parteitag

Von Horst Peter MdB

Nach dem Bremer Parteitag ist die CDU, reduziert auf das Helmut-Kohl-System, personell und programmatisch am Ende. Die Delegierten werden Bremen rat- und perspektivlos verlassen haben. Ihnen bleibt nur die unbestimmte Hoffnung der Bremer Stadtmusikanten, „etwas Besseres als den Tod findest Du überall“. Die „ZEIT“-Prognose über den Verlauf des Parteitages hat sich erfüllt: „Kohl obenauf, die CDU aufs Schlimmste gefaßt und auf Wunder hoffend“.

Lothar Späth trat nicht an. Das Wunder machte der Hoffnungsträger selbst zunichte. Sein Gegen-Coup verdampfte zur Schimäre. Statt den heroischen Retter zu geben, hat der die letzte Chance vergeben, die Existenzängste der Union verstärkt. Nicht weil er eventuell antreten wollte, sondern weil er nicht angetreten ist und nichts zur Abwendung des gefürchteten Schicksals durch sein Nicht-Antreten überlassen und Kohl damit gestärkt, weil er die Partei den Kohls und Rühes ausgeliefert hat, ist Späth abgestraft worden.

Übernimmt man Günter Rohrmosers Bild, Helmut Kohl habe der Union ein überdimensionales Familiengefühl gegeben, als Meßlatte, so muß nach dem Rauswurf Geißlers, der Nicht- und Abwahl von Fink und Späth, dem Abhalten der Jungen Union aus dem Vorstand den miesen Ergebnissen von Geißler und Kohl, der annoncierten Auflösung der Frauen-Union (ein besonderes Symptom für das Ende der Geißler-CDU, die doch beanspruchte, die Frauenfrage neu erfunden zu haben) festgestellt werden: die Union verzeichnet hoffnungslos zerrüttete Familienverhältnisse. Nach ihren eigenen Maßstäben wäre die Union jetzt regierungsunfähig, hat sie doch die Abwesenheit von inhaltlicher und personeller Geschlossenheit bei der SPD - obwohl dort nie in einem solchen Maße wie jetzt bei der CDU vorfindbar - in notorischer Manier als untrügliches Zeichen der Regierungsunfähigkeit ge-geißelt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebsweg: Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recyclingpapier



Kohl hatte die Chancen seines Putsches gegen die Partei richtig kalkuliert. Seine inhaltlich recht disparaten Kritiker sind ein Jahr vor der Bundestagswahl und den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und nach dem Europawahl-Desaster in Baden-Württemberg und beladen mit dem Chaos in Niedersachsen zum entschlossenen gemeinsamen Handeln und entschiedenen Widerstand einerseits nicht fähig und andererseits wohl auch zu feige. Diverse Konkurrenten wie Stoltenberg und Wailmann sind abgemeldet. Funktionsfähig in dieser Partei ist nur noch die black-out-connection der Kohl-Familie zur Beseitigung der Kohl-Kritiker. Kohl kann nur das Schicksal der Union an sein Schicksal ketten. Die CDU muß mit Kohl siegen oder untergehen.

Ein Danach soll es in Kohls Augen nicht geben. Geißler wollte der Union eine Zukunft neben und nach Kohl, eine Zukunft als Partei sichern. Für Kohl war dies wohl das zum Handeln herausfordernde Majestätsverbrechen, ist er doch längst ein Opfer seiner triumphalischen Propaganda geworden. Kohls Adoptivsohn Rühle schreibt der Partei die Aufgabe des Ausputzers gegenüber der Regierung zu. In dieser Aufgabenstellung sieht er die entscheidende Differenz zu Geißler.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat Kohl eine Frontbegradigung nach links und rechts vorgenommen, sich und die CDU auf der inneren Linie seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten eingegraben. Jetzt lautet die Maxime wieder: Keine Experimente. Keine politische Phantasie, keine Ausflüge und Eroberungen „fremden Terrains. Mit dem Rauswurf Geißlers ist das Projekt der Modernisierung der CDU vertagt, beendet, wenn nicht sogar auf Dauer gescheitert, bevor die Chose richtig eingangekommen war. Bisher war dieses Projekt noch eher PR-Aktion und Absichtserklärung als Realität gewesen. Tatsächlich war es das Projekt einer CDU post - Strauß & Kohl. Vor Ort, in den Kreis- und Gemeindeverbänden war die Modernisierung sowieso ein Bonner Gerücht. Vor Ort bestimmten weiterhin die Patriarchen, Philister und Pharisäer die alltägliche CDU. Kohl hat das ambitionierte Projekt Geißlers zugunsten der machtbezogenen gewöhnlichen Mittelmäßigkeit, das Macht- und Geldhaben-Wollen des Spießers, das pomadig Selbstzufriedene, das fette Verschnarchte gestoppt.

Möglich und notwendig wurde die Operation Geißler-Sturz durch den Tod von Strauß. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Feindes war der Fall des überlebenden Feindes programmiert. Mit Geißler war Kohl an die Macht gekommen. Kohl benutzte Geißler und Strauß, um das Gleichgewicht auszubalancieren, das ihn an der Macht hielt. Mit dem Tode von Strauß hat sich diese Gleichung aufgelöst, ohne Strauß kein Geißler.

Die Kohl eigene politische Standortlosigkeit, die nur er zur politischen Mitte verkaspeln kann, erlaubt ihm den unauffälligen Rückzug nach recht und rückwärts. Wie er sich innerparteilich nun mit der CDU der 60er Jahre, mit dem „mainstream“ der Partei verbündet hat, so versucht er nun koalitionspolitisch neue Optionen zu öffnen.

Geißler war davon ausgegangen, daß die außenpolitische Entwicklung und die gesellschaftliche Realität die CDU-Wählerschaft zutiefst verunsichert, alte Feindbilder wie der Ost-West-Konflikt und das rot-grüne Chaos, aber auch Leitbilder wie die „Familie“ verlorengehen. Die nationale Frage steht nicht mehr als Integrationskonzept zur Verfügung, wenn Aus- und Übersiedler dem deutsch-nationalen Stammtisch in Fleisch und Blut als Konkurrenten und nicht als beklagenswerte deutsche Brüder und Schwestern in fernen Ländern hinter Stacheldraht entgegentreten. Die Verunsicherung dieser Seite wurde verstärkt durch eine Politik Geißlers, die mehr Gleichberechtigung für Frauen versprach, gerechte Sozialpolitik, multikulturelle Gesellschaft, die nationale Frage sogar auf 19xy vertagte, sich scharf gegen die Reps abgrenzte. Das trug Geißler und Süßmuth vielleicht „links“ und in der „Mitte“ Sympathien ein, aber nicht ungedingt auch Wählerstimmen. Viele nahmen diese Paulus-Entwicklung dem begnadeten Demagogen Geißler sowieso nicht ab. So enthielt auch seine Abgrenzungspolitik gegenüber den Reps einen vergifteten Pfeil. Geißler plädierte für die Abgrenzung gegenüber dem „Radikalismus von rechts und links“.

Ohne Strauß kein Geißler. Im Gegenteil. Kohl konnte den Strauß-Epigonon Waigel als Verbündeten gewinnen und in die Koalitionsdisziplin einbinden. Der Sturz Geißlers ist der Schlüssel, mit dem die Tür zum Bündnis mit Waigel, aber auch die Tür zur Koalitionsoption mit Schönhuber geöffnet wurde. Recht schnell erfüllte Kohl Schönhubers schon am Abend der Europawahl aufgestellte Vorbedingung für eine ultramontan-nationalistische Koalition, deren Klammer die vorseilend von Waigel schon eingeleitete verschärfte Agitation gegen den § 218 und die nationalistische Rhetorik - Deutschland in den Grenzen von 1937 - sein wird. In den Parteitage-sreden von Kohl, Rühle, aber auch Geißler deutete sich dieser Rekurs der CDU auf polarisierende und nationalistische Untertöne schon an. Für Kohl und Waigel ist ja nicht der „Rechtsextremismus“ das Problem, sondern seine parteipolitische Formierung. Und wenn sich herausstellt, daß die Reps keine Saisonpartei sind, dann wird es kein Halten mehr geben. Kohl und Waigel geben vor, mit ihrer Rhetorik den Reps das Wasser abgraben zu wollen. Tatsächlich lenken sie jedoch das Wasser auf Schönhubers Mühlen, wie sie auch in der Vergangenheit die Waffen geschmiedet haben, die die Reps jetzt handhaben. Cornelia Schmalz-Jacobsen wird jedenfalls Mühe haben, wenn sie weiterhin dafür sorgen will, daß die Union nicht republikanischer wird als die Republikaner. Löwenthal ist als Wanderer und Pfadfinder zwischen zwei Welten unterwegs, derweil sich Schönhuber schon als der vierte Mann am Kabinetttisch fühlt.

Was ist noch von oder über diese CDU beziehungsweise ihren Parteitag zu sagen? Mit diesem Parteitag wollte sich die CDU als die deutsche Umweltpartei profilieren wie sie sich schon einmal als die Partei der Frauenfrage profilieren wollte. Das Fiasko der Frauenpolitik in Bremen führt jeden Versuch der Profilierung als „Reformpartei“ ad absurdum. Nach dem Reaktorminister Wallmann steht nun auch der Minister Töpfer wie ein Handelsvertreter mit Mustern ohne Wert vor unserer Tür. Nur einen Fortschritt gegenüber Wallmann kann Töpfer für sich in Anspruch nehmen: er hat das Manöver, die Lippen zu spitzen ohne zu pfeifen zur Vollkommenheit perfektioniert.

(-/14.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Die soziale Integrationskraft stärken

Zur Rolle sozialdemokratischer Betriebsarbeit im sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel

Von Walter Edenhofer

Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Die für die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten können nur gewonnen werden, wenn es gelingt, überzeugende politische Zielsetzungen und längerfristige Orientierungen der Partei mit einer breit und langfristig angelegten sozialen Integrations- und Vertrauensarbeit zu verbinden. Die Betriebsorganisation der Partei leistet dazu einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag, indem sie die permanente soziale Kommunikation zwischen Arbeitnehmern, Gewerkschaftern und Partei organisiert, sie darin unterstützt, daß die politischen Interessen der Arbeitnehmer und ihre Erfahrungen im Arbeitsleben in die politische Diskussion der Partei einbezogen und die politischen Ziele der Partei in die Arbeitnehmerschaft hinein vermittelt werden.

Mit dem Beschluß des Bundesparteitages Münster zur Stärkung der Betriebsorganisation wurden die Voraussetzungen für sozialdemokratische Betriebsarbeit durch Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute weiter verbessert.

Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse von Berlin, Hessen und der Europawahl 1989 sowie des sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandels erhält die betriebliche Vertrauensarbeit der Partei zusätzliche Bedeutung.

1. Für die sozialdemokratischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist die offensive und argumentative Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine Sache von prinzipieller Bedeutung. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Deutschnationalismus waren und sind unvereinbar mit sozialdemokratischen Grundwerten und Prinzipien. Das Programm der „Republikaner“ ist nicht nur ausländer- und fremdenfeindlich, sondern auch eine Kampfansage gegen freie und unabhängige Gewerkschaften, gegen die Tarifautonomie und den sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Darauf muß in der betrieblichen Aufklärungsarbeit besonders hingewiesen werden.

Außerdem müssen die Hauptursachen für das Aufkommen des neuen Rechtsextremismus beim Namen genannt werden: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kahlschlag bei der Arbeitsförderung, Steuerentlastung vor allem zugunsten der höheren Einkommen, Wohnungsmangel in den Ballungszentren und die ungelösten Probleme bei der Integration von Ausländern, Aussiedlern und Asylanten. Es geht dabei um Versäumnisse und soziale Mißstände, die im Verantwortungsbereich der Bundesregierung liegen. Notwendig ist eine andere, sozialdemokratische Politik, die diese Ursachen beseitigt.

2. Die weitere Aufgabe der betrieblichen Vertrauensarbeit der Partei besteht darin, die soziale Integrationskraft der Partei mit Blick auf die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft zu stärken. Unzweifelhaft ist, daß mit der Veränderung traditioneller Milieus in der Gesellschaft, der Lockerung gewachsener Parteibindungen und veränderter Sozialstruktur eine Individualisierung von Lebensinteressen, die weit in die Arbeitswelt hineinreichen, einhergeht. Die Anhebung eines breiten Massenwohlstandes, ein gestiegenes Bildungsniveau, Verkürzung und flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, Verbesserung von Arbeitsbedingungen und die verstärkte Berufstätigkeit von Frauen haben nicht nur die Freiheitsspielräume des Einzelnen erweitert, sondern auch zu einer Veränderung politischer, sozialer und gesellschaftlicher Interessenlagen geführt. Die These von einem fundamentalen Wertewandel geht indessen an den konkreten sozialen und politischen Interessen der Arbeitnehmer vorbei. Noch immer stehen die sozialökonomischen Interessen im Vordergrund, verbunden mit der Forderung nach mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung in Beruf und Gesellschaft. Die Betriebsarbeit wird auf die gewachsenen Ansprüche an Beteiligung und Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft sowie auf die veränderte Sozialstruktur stärker eingehen müssen, ohne ihre klassischen Bereiche zu vernachlässigen.

3. Die dynamische Entwicklung und der Wandel unserer hochtechnisierten Industriegesellschaft stellt hohe Anforderungen an die wirtschafts- und industriepolitische Kompetenz der Partei und ihre Fähigkeit zur Problemlösung. Um den Prozeß des wirtschaftlichen und industriellen Wandels mitgestalten zu können, bedarf es einer modernen und leistungsfähigen Organisation. Die sozialdemokratische Betriebsorganisation erfüllt auch in diesem Zusammenhang eine eminent wichtige politische Funktion. Sie bildet die unmittelbare Verbindung zwischen dem wachsenden Potential hochqualifizierter Arbeitnehmer, deren Fachwissen und wirtschaftlichen Erfahrungen für die politische Willensbildung der Partei unverzichtbar sind, und den Gliederungen der Partei.

Je besser die sozialdemokratische Betriebsorganisation auf ihre gewachsenen Aufgaben ausgerichtet und ausgestattet wird, desto mehr wird sie in der Lage versetzt, einen noch wirksameren Beitrag zur Stärkung der sozialen Integrationskraft der Partei zu leisten und gesellschaftliche Zustimmung für sozialdemokratische Politik zu erreichen.

(-/14.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Kinder vor übermäßigem TV-Konsum schützen

Zur Notwendigkeit, kulturelle Aktivitäten und Spielmöglichkeiten auszubauen

Von Wilhelm Schmidt MdB
Vorsitzender des Deutschen Kinderhilfswerks
Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

„Kinder gehen im gnadenlosen Kampf um den Fernsehzuschauer unter“, „Viele Kinder betäuben sich mit Fernsehen und Video“, dies waren zwei Kernaussagen von Experten, die sich zu den Folgen des wachsenden Überangebots auf dem Fernseh- und Videomarkt geäußert haben. Ergebnisse von wissenschaftlichen Studien, wie der aus Nordrhein-Westfalen, wonach Kinder in verkabelten Haushalten 30 Prozent mehr Fernsehen konsumieren als Kinder in nichtverkabelten Haushalten, rufen zusätzlich das politische/gesellschaftspolitische Interesse der Öffentlichkeit wach.

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat sich nicht zuletzt deswegen im Rahmen der Internationalen Funkausstellung mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Es ist dringend notwendig, den Kindern, den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern zu helfen, mit dieser neuen Entwicklung umzugehen. Fernsehen und Video bieten zwar auch eine Fülle von neuen Bildungschancen, geraten jedoch andererseits leicht als reines Freizeitbeschäftigungsinstrument außer Kontrolle.

Der Vorsitzende der Bundestags-Kinderkommission, Norbert Eimer, wies zu Recht darauf hin, daß die Medien nur Verpackung sind und ein gesellschaftspolitischer Anspruch auf ihren Inhalt und ihre Nutzung existiert. In dem Expertengespräch entstand die große Sorge, daß die neu entstehenden Superkosten für den Fernseh-/Profi-Sport in den Kultur-, Jugend- und Kinderprogrammen zu Einsparungen führen. Wenn die Mediengewaltigen und die Gesellschaft allgemein nicht das Kind wiederentdecken, wird ein Kampf gegen diese Entwicklung nicht zu gewinnen sein.

Die Menschen müssen zum mündigen Umgang mit dem Fernseh- und Videokonsum befähigt werden. Dazu gibt es eine wichtige Funktion der Schulen, an denen der medienpädagogische Auftrag heute noch zu selten ausgefüllt wird. Das Kinderhilfswerk fordert darüber hinaus einen sinnvollen Einsatz der öffentlichen Mittel nicht zum weiteren Ausbau der privat orientierten Fernseheinrichtungen, sondern zur Förderung der oftmals finanziell sehr schwach ausgestatteten kulturellen Aktivitäten für und mit Kinder. Kinder, Eltern und Lehrer sollten gemeinsam in die Lage versetzt werden, die amerikanisch-japanische Form des „Rundum-Fernsehkonsums“ zu überwinden. Dazu braucht man medien- und kulturpolitische Akzente, die dazu beitragen, Fernsehen und Video kritisch zu nutzen und gleichzeitig mit eigenen Aktivitäten auf spielerische und kreative Weise eine kulturelle Gegenbewegung interessant zu machen und wieder mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken.

Notwendig sind Projekte, wie sie vom Deutschen Kinderhilfswerk seit einiger Zeit schwerpunktmäßig gefördert werden. Eine neue kindgerechte Stadtgestaltung mit den Schwerpunkten Spiel und Kultur steht dabei im Vordergrund. Viele Städte in der Bundesrepublik, darunter auch eine große Zahl der 320 Mitgliedsstädte des Deutschen Kinderhilfswerks, haben sich dieser neuen Orientierung bereits verschrieben. Insofern sind positive Zeichen zu erkennen, die der rasanten Entwicklung der elektronischen Medien die notwendige Alternative hinzufügen.

(-/14.9.1989/rs/ks)

* * *